

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgens und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagenstr. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Agenten angenommen.



Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inland: in Berlin: A. Meißner, in Leipzig: C. G. Neumann, in Hamburg: H. Neumann, in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Göttingen: Neumann, Hartmann's Buchh.

Danziger Zeitung.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 22. Febr. 8 Uhr Abends.
Berlin, 22. Febr. Graf Bismarck hat die Wahl zum Norddeutschen Parlament für den Kreis Verichow angenommen.
Bukarest, 22. Febr. Die Regierung verhaftete Offiziere und Beamte, welche verdächtig waren, einer Verschwörung anzugehören, die gerücheweise am 23. Febr. ausbrechen sollte.

Berlin, 21. Febr. Die über den Anfall der Reichstagswahlen in Nordschleswig bekannt gewordenen Einzelheiten lassen bereits einen Schluss auf die Stimmung jener Landestheile auch für die Volksabstimmung wegen der ferneren Angehörigkeit an Preußen zu. Diese Resultate sind nicht ungünstig. Es waren überhaupt 4 Wahlkreise gebildet. In dem ersten ist kein dänischer Candidat aufgestellt worden, im zweiten hat der Däne Detleffen gegen den deutschen Candidaten nur 18% der Stimmen erhalten, also eine Niederlage erlitten, im dritten und vierten sind zwar die dänischen Candidaten durchgekommen, in Flensburg aber nur mit 51% gegen 49%, dagegen in Apenrade mit 8) gegen 20%.

Der früher (bekanntlich wegen einer Correspondenz an die „Kreuzzeit.“ mit einem auf die Regierung bezüglichen Vizelektor) aus hannoverschen Diensten entlassene Finanz-Assessor Djan ist nunmehr, wie der „Hann. C.“ erfährt, als Berg-Assessor in Halle a. S. angestellt.

Frankreich. Paris, 19. Febr. Das neue Preßgesetz besteht im Entwurfe aus 17 Artikeln. Art. 1. schafft die vorherige Erlaubniß, um ein Blatt herauszugeben zu dürfen, ab; Art. 2 hebt die Cautions für Blätter, die in den Departements der Seine, Seine und Oise, Seine und Marne und Rhone, sowie in Arrondissements-Orten von mehr als 100,000 Einwohnern erscheinen, auf 80,000 Fr., für Städte von 50 bis 100,000 Einwohnern auf 40,000 Fr. und für alle noch kleineren auf 25,000 Fr.; Art. 5 enthält die Stempel-Bestimmungen: Blätter von 72 Quadrat-Decimetres und darüber zahlen in den Departements der Seine, Seine und Oise und Seine und Marne 4, die Blätter in allen anderen Departements 2 Centimes; die Blätter über 72 Decimetres zahlen auf je 10 weitere 1 oder 2 Centimes; Art. 6 erklärt die belehrlichen und landwirthschaftlichen Blätter, die nicht mehr als drei Mal in der Woche erscheinen, stampelfrei; Art. 7 legt allen Blättern die Verpflichtung auf, Nummern im Parquet zu deponiren; Art. 9 hebt die Unverletzlichkeit von Abgeordneten für Preßprozeße auf; Art. 10 verbietet bei 1000 bis 5000 Fr. Strafe die Veröffentlichung eines Artikels durch Personen, welche ihrer politischen oder bürgerlichen Rechte verlustig erklärt oder denen die Betretung des französischen Gebietes verboten ist; Art. 12 bestimmt, daß in Preßprozessen, wo Gefängniß- und Geldstrafen angehängt sind, nur Geldstrafe ausgesprochen werden soll; diese Geldstrafe aber soll für Blätter, welche Cautions zu stellen haben, vom Zwanzigstel als Minimum bis zur Hälfte der Cautions als Maximum gehen können, bei nicht cautionspflichtigen Blättern von 500 bis 10,000 Fr.; Art. 463 des Strafgesetzes über mildernde Umstände ist in Preßsachen nicht zulässig; Art. 14 bestimmt, daß eine Verurtheilung wegen Preßverbrechen ohne Weiteres die Suspendirung des Blattes nach sich zieht; im Wiederholungsfall kann bei einem Preßvergehen das Zuchtpolizeigericht das Blatt auf 14 Tage bis 4 Wochen suspendiren, im zweiten Wiederholungsfall 2 bis 6 Monate; Suspendirung oder Unterdrückung kann auch schon bei der ersten Verurtheilung erfolgen, wenn Provocation, wie in Art 86, 87 und 91 des Strafgesetzes vorgehoben, vorliegt; Art. 15 ermächtigt

zu provisorischer Ausführung des Urtheils, ungeachtet des Appells.

Italien. Das Manifest der parlamentarischen Opposition ist von 88 Mitgliedern des aufgelösten italienischen Abgeordnetenhauses unterzeichnet worden. Diese Männer haben mit anderen Fractionen die 134 Mitglieder gebildet, welche sich zu der Mancinischen motivirten Tagesordnung verbanden, die das Cabinet Ricasoli in Falle bringen sollte und zu der Parlaments-Auflösung führte. Die 88 Abgeordneten finden das Gesetz über die Auflösung der religiösen Corporationen bedroht durch den Socialistischen Entwurf, der „den unheilvollen Character einer Zurücknahme habe und jenes Gesetz in seiner wichtigen volkswirtschaftlichen und bürgerlichen Resultaten vernichten wolle“. Sodann erheben sie bittere Klagen über die schlechte Finanzwirtschaft der Regierung. Sie fordern Gewissensfreiheit und Gleichheit der Culte, sie wollen nicht die Begünstigung des mit Privilegien bewaffneten Episcopats. Sie wollen den Staat nicht in Gefahr bringen, indem die Knechtschaft im Bereich der Kirche aufrecht erhalten werde, turs, sie wollen nicht, „daß der Staat vor dem politischen Pontificat auf die Knie fällt, das seine Blige schleudert und Italien seine Hauptstadt vorenthält“. Der Schluss des Manifestes lautet: „Jetzt ist das Dilemma klar und deutlich gestellt: entweder die Theorie der Willkür der Regierung statt des Gesetzes, oder aber der scharfe Buchstabe des Gesetzes, vertheidigt durch das Parlament; entweder die mit der Sicherheit des Staates verträglichen Ersparnisse und die Forderungen der dringenden Bedürfnisse und des National-wohlgehehens, oder aber das Verharren bei einem Systeme, das zum großen Schaden des Staatschutzes und immer ärmer macht und dem Credite wie der National-ehre neue Schläge zu versetzen droht.“ Die Forderungen, so wie die scharfe Form, in der sie in diesem Manifeste auftreten, bestätigen, daß es bei den bevorstehenden Wahlen in Italien zu sehr heftigen Kämpfen kommen wird, wenn die Clericalen, wie es den Anschein hat, in geschlossenen Reihen zu den Wählern rücken.

Amerika. Newyork, 5. Febr. (R. Z.) Die Verhandlungen des Congresses während der letzten Wochen trugen einen durchaus unersreulichen, oft sogar peinlichen Character. Wie in allen Körperschaften, welche eine winzige Minorität haben, die Majorität bald ausartet und die Segner unndthiger Weise reizt, verlegt oder gar mundtot macht, so gefallen sich auch die Senatoren und Repräsentanten in widerlichen Debatten und persönlichen Zänkereien, welche eher an müde Birthehausszenen als an die legislatorische Thätigkeit der Auserwählten der Nation erinnerten. Man hätte oft glauben sollen, die Zeiten des seligen Buchanan oder Pierce seien wiedergekehrt, wo die südlichen Junker den Congress durch Einschüchterungen, Drohungen oder gar auch selbst Schläge beherrschten. Gerade so wie damals hinter der winzigen republikanischen Minorität eine starke und einige Wählerschaft stand, so stütz sich auch jetzt die im Congress verschwindend kleine demokratische Minderheit auf eine Partei, welche selbst in den letzten Wahlen im Norden mit nur wenigen Tausenden geschlagen wurde. In den beiden großen Staaten Newyork und Pennsylvania betrug ihre Minderzahl im letzten Verste kaum 30,000 Stimmen, was bei einer Gesamtbevölkerung von 6 Millionen Seelen durchaus nicht viel für die Republikaner sagen will. Diese würden also sehr wohl thun, wenn sie nicht mit dem Feuer spielten und den Bogen zu straff spannten, denn das Verhältniß kann sich sehr leicht gegen sie kehren. Ganz abgesehen von den Fehlern und Taktlosigkeit des Congresses, würde aber ein Sieg der Demokraten und Copperheads in diesem Augenblicke, wo die wich-

tigten Fragen des nationalen Volkes noch ihrer Erledigung harren, ein öffentliches Unglück von den tief-ingreifendsten Folgen sein. Ueber all dem persönlichen Scandal hat der Congress bis jetzt noch sehr wenig gethan. Das mit so vielem Lärm angekündigte „impeachment“ des Präsi-enten taucht zwar von Zeit zu Zeit aus dem richterlichen Comitè des Hauses wieder auf, indem Keuzen zur Belastung Johnson's vernommen werden, indessen ist, alle anderen Gründe bei Seite gelassen, die Sitzung schon so weit vorgeschritten, daß man kaum zur Bereinigung der Einlassungszeugen gelangen wird. Bei der getheilten Ansicht im Schooße der republikanischen Partei selbst und bei der öffentlichen Stimmung, die sich im Ganzen eher gegen als für die Maßregel ausspricht, ist es sogar mehr als zweifelhaft, ob der nächste Congress, wenn nicht neue Anklagepunkte zu den bereits vorhandenen hinzutreten, diese Frage überhaupt wieder aufnehmen wird.

Provinziales.
Königsberg, 22. Februar. Die gestrige Nummer der „Königsb. Neuen Zig.“ wurde auf Verfügung der Königl. Staatsanwaltschaft wiederum mit Verbot belegt. Veranlassung dazu soll ein Artikel des Berliner Correspondenten in dem Passus über die Regierung den Wahlen zum Norddeutschen Parlament gegenüber gegeben haben. — Man erzählt sich hier folgende Wahl-Anekdote: Ein höherer Offizier ließ am Wahltag die ihm untergebenen, ihrem Alter nach wahlberechtigten, Soldaten antreten und theilte ihnen mit, daß sie heute wählen sollten; er halte es jedoch, fügte er hinzu, für zweckmäßig, daß sie sich vorher über den Candidaten verständigten, dem sie ihre Stimme geben wollten. Es seien zwei Kandidaten aufgestellt, der General Vogel v. Falkenstein und Stadtverordneter-Vorsteher Dierck. Wer den ersten wählen wolle, trete rechts, wer den zweiten, links. Natürlich traten alle Soldaten auf die rechte Seite.

Bermischtes.
[Prügelstrafe in England.] Die „Lancet“, die sich über das Ableben eines Soldaten des 74. Regiments ausspricht, das in Folge einer erlittenen Prügelstrafe eingetreten war, bemerkt: Fünfzig Hiebe sind gerade doppelt so viel, als ein Verurtheilter ohne nachtheilige Folgen auf einmal ertragen kann. Einen Menschen nach erlittener Züchtigung einzusperrn, ist nur geeignet, die zu befürchtenden Folgen schneller zu entwickeln. Uebrigens müßten die Hiebe auf den fleischigsten Theil des Körpers und nicht auf den Rücken, der so wichtige Lebensorgane bedeckt, applicirt werden. Nach der Strafvollstreckung dürfte auch der Bestrafte nicht in ein enges Gefängniß gesteckt und ihm nicht schmale Kost gereicht werden.

Schiffs-Nachrichten.
Angelommen von Danzig: In Hull, 18. Febr.: Goshorth (S.D.), Winko.

Familien-Nachrichten.
Verlobungen: Fr. Henriette Behrend mit Herrn Lehrer Hugo Telle (Brandenburg - Perwiltzen).
Geburten: Eine Tochter: Herrn Theodor Dziengel (Königsberg); Herrn Apotheker Döbrigkeit (Borzymen).
Verantwortlicher Redacteur: S. Ritter in Danzig.

Neue wichtige Dokumente von Seiten der ärztlichen Wissenschaft.

Der starke Consum der Hoff'schen Heilnahrungsmittel (Maltextract-Gesundheitsbier und Malt-Gesundheitschocolade) hat die Einführung eines neuen Braukessels in der Maltztract-Brauerei, die Herstellung einer neuen Maltzmaße in der Chocoladenfabrik nöthig gemacht, denn diese Fabricate conserviren ebenso die Gesundheit, wie sie dieselbe wiederherstellen und stärken. Daß Tausende von Aerzten diese Heilnahrungsmittel ihren Patienten verordnen, ist bekannt. Wir bringen diesmal wieder ein paar neue Dokumente, welche dem Hoff'schen Herrn Johann Hoff in Berlin, Neue Wilhelmstr. Nr. 1, zugegangen sind.

Der berühmte Sanitätsrath Herr Dr. Eschner in Hirschberg schreibt im November 1866: „Seit einer langen Reihe von Jahren habe ich mich hütend von der außerordentlichen Wirksamkeit Ihres Maltztract-Gesundheitsbiers in der Reconvaleszenz der verschiedensten Krankheiten genau überzeugt und bin dadurch ein eifriger Befenner nicht allein dieses Präparats, sondern auch aller von Ihnen erfundenen neuen Ernährungs-Präparate geworden. Ich leide alljährlich im Herbst und im Frühjahr an einem Monate lang anhaltenden Catarrh, bei dem ich jedoch meine Praxis Tag und Nacht fortsetze. Seit einigen Wochen bin ich jedoch angegriffener als in anderen Jahren, weil ich in dem Königl. Kriegs-Lozareth hier selbst 3 Monate als ordnender Arzt gewirkt, und bei meiner umfangreichen Praxis noch mehrere andere Aerzte, die im Felde waren, vertreten habe.“ (Folgt Bestellung; eine Woche später folgendes Schreiben): „Ich gebrauche Ihre Präparate an mir selbst mit dem größten Vertrauen und werde im Januar 1867 gewiß treu über den Erfolg berichten. Ich erachte es für ehrenvoll, in die Zahl ihrer ärztlichen Befenner und Verehrer aufzunehmen zu werden.“ Dr. Eschner, Sanitäts-Rath.

Aus dem polytechnischen Bureau zu Breslau ging von dem Vorsteher desselben, dem Apotheker erster Klasse und vereidigten Chemiker Herrn Dr. Werner, gleichzeitig folgende Zuschrift ein: „Die Hoff'sche Maltz-Gesundheitschocolade enthält diese Proteinstoffe in concentrirter und gelöster Form, und ist deshalb das vorzüglichste Genußmittel für Kranke und Reconvalescenten zur schnellen und sicheren Erlangung ihrer Kräfte, für Geinde zur Erhaltung des naturgemäßen Stoffwechsels und als ausgezeichnetes Stärkungsmittel für stillende Mütter. Dr. Werner, Vorsteher des polytechnischen Bureau.“ — Diesen fügen wir von privater Seite hinzu: „Eschen, den 12. December 1866. G. W. bitte ich ganz ergebenst um eine neue Sendung Ihres preiswürdigen Maltztract-Gesundheitsbiers etc. wo möglich vor dem Weihnachtsfeste, da ich mit dieser Sendung gern eine Weihnachtsfeier bereiten möchte etc.“

Magnus, pastor emer. und von Kaiserin und Königen anerkannter Johann Hoff'schen Maltz-Fabrikaten: Maltz-Extract-Gesundheitsbier, Maltz-Gesundheits-Chocolade, Maltz-Gesundheits-Chocoladenpulver, Brustmaltz-Zucker, Brustmaltz-Bonbons etc., halten stets Lager: Die General-Niederlage bei A. Fast, Langenmarkt 34, und F. C. Goffing, Heiliggeistgasse 47, und Jopen- u. Portschallen-gassen-Ecke No. 14 in Danzig. [6096]

Das schwarze Cabinet.

(Schluß.)

Die Juli-Regierung trat die Erbschaft der Bourbonen an und zahlte den Agenten des Schwarzen Cabinets ihren Gehalt fort, so daß man noch 1847 die Summe von 60,500 Francs auf die geheimen Fonds des auswärtigen Amtes angewiesen findet, unter dem Titel: „Pensionen für Beamte des ehemaligen Schwarzen Cabinets.“ Auch unter Louis Philippe wurde das Briefgeheimniß nicht eben allzu gewissenhaft respectirt, da in politischen Processen mehrmals Correspondenzen eine Rolle spielten, welche auf der Post mit Beschlag belegt und für die Anklage-Acte benützt worden waren. Indessen scheint doch die Verletzung des Briefgeheimnisses mehr eine Waffe gewesen zu sein, deren man sich ausnahmweise in gefährlichen Momenten bediente, als eine permanente Institution — wenigstens hat die Februar-Revolution keine Aufschlüsse zu Tage gefördert, die das Letztere bewiesen hätten.

Unter dem Empire endlich ist das Schwarze Cabinet dem Anscheine nach mindestens überflüssig, da ein Beschluß, den die vereinigten Kammern des Cassationshofes am 21. Nov. gefaßt und der also Gesetzeskraft hat, jene Spionage, die bisher nur im Dunkeln einerschlich, in ein politisches System gebracht hat, das am hellen Tage practicirt wird. Das Kaiser hat auch die Hülle der Heuchelei abgestreift; es genirt sich nicht mehr, denn jeder Präfect und der Polizei-Präfect von Paris hat nach obigem Beschluß das Recht, sich von der Post durch einen gewöhnlichen Commissär, den er mit einem Mandate für den speziellen Fall versieht, die Correspondenz an ein bezeichneter Individuum gegen Empfangschein ausliefern zu lassen. Erhält die Post die Briefe später zurück, so werden sie vor der Absendung an die Adresse mit einem Stempel versehen: „Geöffnet auf Befehl der Justiz.“ Das neben dieser brutalen Maßregelung des Briefgeheimnisses übrigens trotzdem noch insofern das Schwarze Cabinet in allen Fällen arbeitet, wo man die Deffentlichkeit scheut oder erst allmählig den Urhebern mißliebiger Mittheilungen in der auswärtigen Presse auf die Spur kommen will, unterlegt in einem Zweifel. Die meisten Beichterfasser fremder Blätter

